

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußfasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.
Verlags-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

An der Jahreswende.

Als wir vor einem Jahr unsere Neujahrsvorstellung schrieben, hatte der Weltkrieg fünf Monate gedauert. Das war länger als vordem die meisten Menschen einen Krieg von solch gewaltiger Größe für möglich gehalten hatten. In wenigen Monaten, so glaubte man, müßte ein Krieg von dieser Größe an sich selber zugrunde gehen. Inzwischen ist ein weiteres volles Jahr verfloßen; der Krieg ist nicht nur nicht zu Ende gegangen, sondern er hat von Monat zu Monat an Ausdehnung zugenommen. Neue Kämpferscharen wurden auf die Schlachtfelder geworfen, neue Völker haben sich an dem gewaltigen Ringen beteiligt und heute ist, wie es scheint, der Friede so fern wie je. Die Friedensworte, die erst kürzlich im deutschen Reichstag gesprochen wurden, haben im Ausland leider nicht das gleiche Echo gewendet. Ja, man hat diese Worte sogar als Zeichen der Schwäche des deutschen Volkes angesehen und hat auf neue die Fortsetzung des Krieges bis zur Zerschmetterung der deutschen Militärmacht beschworen. So geht der Krieg weiter. Wie lange noch? Das weiß heute niemand!

Es weiß auch niemand, was der Krieg uns sonst noch bringen wird. Eines aber wissen wir: daß die deutsche Arbeiterschaft alle Ursache hat, fest und treu zu den Jahren ihrer Organisationen zu stehen und alles zu tun, um diese Organisationen stark zu erhalten. Der Krieg hat die Lage der Arbeiter gewaltig verschlechtert. Die Verbesserung ihrer Lebenshaltung, die sich die Arbeiterschaft in vielen schweren und opfervollen Kämpfen errungen, ist längst dahin. Trotzdem das durchschnittliche Jahreseinkommen unserer Kollegen in den letzten zwei Jahrzehnten um nahezu M. 500 gesteigert werden konnte, ist heute ihre Lebenshaltung weit schlechter, als sie im Jahre 1895 war. Nichts ist unsern Kollegen von ihren Errungenschaften geblieben, als die Fortführung der Arbeitzeit, und auch diese Errungenschaft gefährdet der Krieg.

Es hätte keinen Zweck, wollen wir darüber Klagen aufstimmen; denn durch Klagen läßt sich die Auswirkung ökonomischer Gesetze nicht aufhalten und nicht rückgängig machen. Für die Arbeiter heißt es, den Dingen klar ins Gesicht zu sehen, sich die Kraft zu erhalten und ständig auf neue zu schaffen, die ihnen allein eine Besserung bringen kann. Diese Kraft ruht in ihrer Einigkeit, in ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Die gewerkschaftliche Organisation hat den Arbeitern in den letzten zwei Jahrzehnten die Arbeitszeit verkürzt und die Löhne erhöht; sie hat auch, trotz aller Verteuerung der Lebensmittel, bis zum Ausbruch des Krieges die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert. Die Organisation wird auch die Schäden wieder beseitigen und das Unheil wieder gutmachen müssen, das der Krieg durch die Entwertung der Löhne über die Arbeiter gebracht. Dazu ist aber die Einigkeit der Arbeiter dringend notwendig.

Leider muß gesagt werden, daß die Einheit der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland heute zum mindesten stark gefährdet ist. Die Einheit jeder demokratischen Bewegung beruht auf der Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit, der Minderheit unter die Mehrheit. Wo diese Unterordnung nicht geübt wird, muß die Einigkeit der Bewegung Schaden leiden oder ganz zugrunde gehen. Wo jeder macht und machen kann, was er will, da reißt die Anarchie ein, der die Zerstörung der Organisation auf dem Fuße folgt. Leider hat es heute den Anschein, als sollte die Einheit unserer politischen Arbeiterbewegung vernichtet werden und die sozialdemokratische Partei Deutschlands in Trümmer gehen. Nicht nur, daß sich im Reichstag ein Teil der Fraktionsminderheit

Krieg in den Bergen.

Die Felsen starr'n. Der Gletscher starr'n
Kriechen ihnen die granit'ne Stirn.
Und einer, wolkenmeerumwallt,
Frägt, daß es durch die Stille hallt:
„Was ziehn die Menschen wagt und wild
Durch unser feinstes Gestein?
Es raucht von Blut, es weint von Weh
In unser Schründen reinem Schnee...“
Ein anderer drauf: „Sahst Ihr den Tod?
Schaut wie im Tal die Flamme loht!
Durch tausend Tüften steigt der Mord
In Blut und Wut. Die Erde doret...“
„Das sie mit Schweiß und harter Hand
Gesägt, kürzt im Draußenbrand!“
„Stärkt... Manch Jahrs hundert wird vergehn,
Bis neu das Gestein erstehn!“
Ein Seufzen tief im Winde stöhnt...
Dann wieder Felsenstimme dröhnt:
„Dies nicht Kultur das Menschenwort,
Das sie gebrauchten immerfort?...“
„Kultur?... Ein Echo wieft's zurück.
Die Nebel steigen zäh und dick.
Die Dolken wägen sich zu Tal —
Da pfeift's von Kugeln, stiret's von Stahl.
Ein Wächter geht und Fesseln um...
Die Berge ragen starr und stumm.“

Rudolf Keßler

der Mehrheit nicht unterordnete, nicht nur, daß sich in einzelnen Orten schon eine Parteiminderheit von der Mehrheit abgezweigt hat: auch die Minderheit selbst ist unter sich wieder gespalten. Es besteht eine Minderheit der Minderheit, und es ist nur ein geringer Trost, daß Adolf Hoffmann und Georg Ledebour von ihr sagen, man wisse noch nicht, ob sie eine eigene über sämtliche Weltteile verbreitete Partei sein wolle oder nur ein erweitertes Disziplinär. Sie besteht und geht ihre eigenen Wege, indem sie die beiden andern Richtungen gleichermaßen bekämpft. Es besteht keine Gewähr dafür, daß es bei diesen drei „Richtungen“ sein Bewenden hat; denn

Das eben ist der Fluch der bösen Tat,
Daß sie fortzuehend Böses muß gebären.

Wenn einmal keine Disziplin mehr besteht, wenn die Minderheit einer Organisation oder einer Körperschaft auf die Beschlüsse der Mehrheit pfeift und auf eigene Faust vorgeht, wer will es dann der Minderheit der Minderheit verbieten, daß sie für sich dasselbe Recht in Anspruch nimmt? Und so fort bis ins Unendliche. Das ist dann eben die Anarchie!

Noch hoffen wir, daß es auf diesem Wege nicht weiter gehen, daß das neue Jahr nicht vollenden wird, was das alte in dieser Beziehung begonnen hat. Die Aufgaben, die nach dem Krieg auf politischem und wirtschaftspolitischem Gebiet für die Arbeiter zu lösen sind, erfordern die ganze Kraft einer großen geschlossenen Partei. Es wäre ein Unglück für die deutsche Arbeiterschaft, wenn ihre politische Vertretung, wenn sie selbst in einem unheiligen Brüderzwist ihre Kräfte vergendete, anstatt ihre ganze Kraft an die Unterordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu setzen. Es wäre ein Unglück auch für die Gewerkschaften, für die nach dem Krieg große Aufgaben harren und die durch einen solchen Zwist ganz empfindlich geschädigt würden. Möge uns deshalb die Anschauung dieses Zwistes erparn und die Einheit unserer Bewegung erhalten bleiben. Das ist, nächst dem Wunsch, daß der Friede bald kommen möge, unser sehnlichster Wunsch fürs neue Jahr!

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis.

(Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch.)

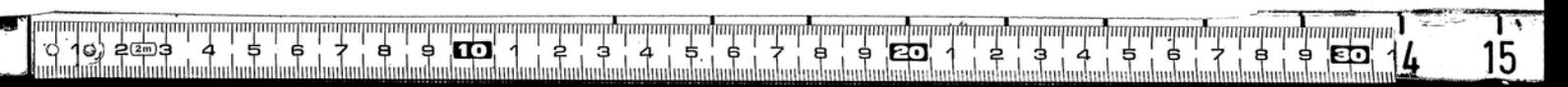
Es wird in Deutschland wohl nur wenige Arbeiter geben, die der kürzlich erschienenen Meinung sind, daß der Ausgang des Krieges für die Arbeiterschaft ohne Bedeutung sei. Aber vereinzelt hört man doch hier und da die Meinung aussprechen, die Arbeiter seien am Ausgang des Krieges nicht interessiert. Der Krieg werde, so sagen sie, im kapitalistischen Interesse geführt, und lediglich die Kapitalisten hätten von seinem Ausgang Nutzen oder Schaden. Nach Meinung dieser Leute ist das Wohl der Arbeiter dem Wohl der Kapitalisten stets und unter allen Umständen entgegengesetzt.

Es ist klar, daß diese Ansicht irrig ist. Trophem ist es gut, daß einmal von Arbeitervertretern selbst darzulegen wird, warum in den deutschen Arbeiter und das Ergebnis dieses Krieges nicht gleichgültig sein kann. Das geschieht in einem Buch „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“, das von Wilhelm Janzon, Redakteur des „Correspondenzblattes“ herausgegeben und das im Verlag der Internationalen Korrespondenz (H. Baumeister, Berlin-Karlshorst) erschienen ist. Es ist von sechzehn in der Gewerkschaftsbewegung an führender Stelle stehenden Genossen verfaßt. Zumeist sind es Angehörige der größten und bedeutendsten Industrien, von denen jeder aufzeigt, inwiefern die Arbeiterschaft seiner Industriebranche in einem deutschen Siege interessiert ist. Aber auch einige Sozialpolitiker sind darunter. So untersucht Reichstagsabgeordneter Genosse Robert Schmidt den Zusammenhang zwischen Kriegsergebnis und Sozialpolitik im allgemeinen, während Arbeitersekretär Rudolf Wiffel die Bedeutung des Kriegsausganges für die Arbeiterversicherung im besonderen darlegt.

Robert Schmidt geht von dem Satz aus, daß die soziale Gesetzgebung immer im engen Zusammenhang mit der Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes stehe. Die Fortführung der Sozialpolitik nach dem Krieg werde sehr von der wirtschaftlichen Lage abhängen, in die Deutschland durch den Kriegsausgang gedrängt werde. Bei einem militärischen Zusammenbruch Deutschlands, der nach Lage der Dinge eine starke wirtschaftliche Stagnation zur Folge haben müßte, wäre für die Sozialpolitik auf lange Zeit der Weg verrannt. Umgekehrt werde bei einem siegreichen Abschluß des blutigen Ringens das deutsche Wirtschaftsleben bald wieder erstarren und damit würden die Vorbedingungen für ein Fortschreiten auf der Bahn der Sozialpolitik geschaffen werden. In großen Strichen zeichnet Robert Schmidt die wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik nach dem Krieg: Die Fortführung des Arbeiterfortschritts, die soziale Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses, die Neuregelung der Maßnahmsmittelversorgung, die Ordnung des Konsums, die Schaffung von Monopolen usw. Die Regelung dieser Dinge werde uns ohnehin schwer genug werden; würde dem Reich, wie es ja die Gegner Deutschlands wollen, wirtschaftspolitisch das Müßiggel gebrochen, so wären für uns die Dinge in Zukunft hoffnungslos, um so mehr, da dann auch die Arbeiterbewegung an Kraft verlieren müßte.

Rudolf Wiffel schildert das Werden und die Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung, die uns zwar durchaus noch nicht genüge, die aber doch bei einem Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen anderer Länder weit aus der Spitze stehe. Würden die Gegner Deutschlands ihre Pläne verwirklichen können, so würde das stolze Gebäude der deutschen Arbeiterversicherung zusammenbrechen. „Im Osten und Westen weitestehender Gebietsstücke herab, im Innern der Zusammenhang der Bundesstaaten gelöst, finanzielle Opfer unerhörter Art an die Sieger, jede Möglichkeit industrieller Entwicklung unterbunden, würde das wirtschaftliche Leben zurückgeschraubt werden auf einen Stand, der es ganz ausgeschlossen erscheinen läßt, eine Arbeiterversicherung auch nur annähernd des bisherigen Anfanges aufrechtzu-

91
208
230
240
95, 268
an
192
92
198
268
en-
152
der
181
91
ten
32, 125
132
es
212
268
180
23
239
172
214
15
91
51
15
28
15
260
144
144
208
52
188
16
188
104
125
96
16
244
176
172
1
108
41
8
260
240
36
118
144
224
232
4
52
144
164
144
41
36
125
108
98
232
76
91
212
96
164
96
171
28
101
132
268
168
18
188
268



erhalten." Wiffel hält es für wahrscheinlich, daß die deutsche Versicherungsgesetzgebung nach unserer Niederlage von den Siegern als eine Staatsleistung angesehen und daß demzufolge das Vermögen der Versicherungsträger konfisziert werden würde. Die Folge wäre natürlich die Einschränkung aller wohlverdienten Rechte der Versicherten. Aber selbst wenn das nicht geschähe, wäre an dem weiteren Ausbau der deutschen Arbeiterversicherung in absehbarer Zeit nicht zu denken. Besonders würden die Arbeiter derjenigen Bundesstaaten geschädigt werden, die von Deutschland losgerissen würden und unter fremde Herrschaft kämen. „Der notwendige weitere Ausbau der Arbeiterversicherung — so schließt Wiffel seinen Artikel — ist nur möglich, wenn ihre Grundlagen, das unverletzliche Reich und unser blühendes Wirtschaftsleben, erhalten bleiben.“

Das Interesse der Bauarbeiter am deutschen Siege zeigt Kollege Winnig. Das Baugewerbe ist, wenn es prosperieren soll, in hohem Maße auf die Regsamkeit und Mähe der deutschen Volkswirtschaft angewiesen. Sowohl der Umfang der Wohnungsbautätigkeit wie der gewerblichen und der öffentlichen Bautätigkeit hängt von der Entwicklung des Volkswirtschafts ab. Je größer das Einkommen der breiten Volksmassen, um so mehr steigen die Ansprüche an die Größe und die Ausstattung der Wohnungen. Eine Steigerung des Volkswirtschafts steht aber eine blühende Volkswirtschaft voraus, und diese wieder ist nur möglich, wenn ein Volk ungehindert produzieren und austauschen kann. Je besser die Lebens- und Erwerbsmöglichkeit in einem Lande ist, desto größer ist auch die Bevölkerungszunahme und die Möglichkeit, den Bevölkerungszuwachs im Lande zu behalten. Und dadurch wird die Wohnungsbautätigkeit angeregt; denn für den Bevölkerungszuwachs müssen neue Wohnungen geschaffen werden. Nicht minder ist die gewerbliche und industrielle Bautätigkeit von der Entwicklung der Industrie und des Warenverkehrs abhängig. Schachanlagen, Kasernen, Lieberlandzentralen, Eisenbahnen, Fabriken, Warenhäuser, Hotels, Brauereien und Kaufhäuser werden um so mehr gebaut, je mehr die deutsche Volkswirtschaft, je mehr Industrie und Handel in Mähe steht. Ebenso steht die öffentliche Bautätigkeit im engsten Zusammenhange mit dem allgemeinen Wirtschaftslieben. Neue oder erweiterte Verkehrsbauten, neue Straßenanlagen, Verwaltungsgebäude, Straßenhäuser, Postanstalten usw. baut man nur, wenn die alten nicht mehr genügen, wenn sie entweder stark abgenutzt oder wenn sie infolge Bevölkerungszunahme zu einem Bedürfnis geworden sind. Die wirtschaftliche Prosperität eines Landes steigert die Steuerkraft und den allgemeinen Wohlstand eines Volkes, und von allgemeiner Wohlstand herrscht, bilden sich auch größere Ansprüche an die Quantität und Schönheit der öffentlichen Gebäude heraus. Es ist also unbestreitbar, daß die deutsche Bauarbeiterchaft von einem Siege Deutschlands, der unserm Lande die weitere wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, sehr erheblichen Nutzen hat.

Andererseits einer deutschen Niederlage, die zugleich ein Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftssystems wäre, Winnig schließt die Folgen dieses Zusammenbruchs sehr anspruchsvoll: „Mit dem Zusammenbruch brächen zugleich die für den Auslandsmarkt arbeitenden Industrien zusammen. Die Betriebe würden eingestürzt, die Arbeiter entlassen. Neu- und Erweiterungsbauten für gewerbliche Zwecke würden nicht mehr aufgeführt werden, da die vorhandenen Anlagen nicht nur genügen, sondern nicht einmal voll ausgenutzt werden könnten. Eine große Arbeitslosigkeit wäre die nächste Folge. Da die Arbeitslosen aber keine Aussicht hätten, im Lande Arbeit zu erhalten, so müßten sie sich zur Auswanderung entschließen. Die Bevölkerungszahl würde nicht mehr im früheren Umfang wachsen, da Hunderttausende von Arbeitern das Land verlassen müßten und unter dem Einfluß der Verarmung die Ehegeschließungen zurückgehen, die Geburten abnehmen und die Kindersterblichkeit steigen würde. Eine Periode der Entvölkerung bräche an; der ständige Anstieg der Wohnungsbautätigkeit wäre beseitigt. . . Die große Umwälzung könnte selbstverständlich auch den Staat und die Gemeinden nicht unberührt lassen. Deutschland würde im Falle der Niederlage nicht nur die eigenen großen Kriegskosten tragen und die ihm wegen angenommenen Schulden bezinsen müssen, sondern die steigenden Gegner würden selbstverständlich Ersatz für ihre Kriegsausgaben von Deutschland und Ostereich-Engläntern fordern. In Verbindung mit dem Rückgang der Steuerkraft der Einzelner würde sich daraus die Notwendigkeit größerer Sparmaßnahmen ergeben, man würde das öffentliche Bauwesen stark einschränken müssen, für das infolge der räumlichen Bewegung der Bevölkerung und des Wirtschaftsliebens auch das Bedürfnis bestünde.“

In ähnlicher Weise wie Winnig für das Baugewerbe, zeigen die übrigen Mitarbeiter des Gedächtnisbuchs die Interessen auf, die die Arbeiterchaft ihrer Berufe und Industrien mit einem siegreichen Ausgang des

Krieges verknüpfen. Die Abhandlungen sind nicht alle gleichwertig; aber alle stimmen darin überein, daß es ein Unglück für die deutsche Arbeiterchaft — und vielleicht ein größeres als für die deutschen Kapitalisten — wäre, wenn es unsern Gegnern gelänge, Deutschland militärisch niederzuschlagen und wirtschaftlich zu erdroffeln. So zeigt Otto Hué in seinem ausgezeichneten Artikel über die Bergwerks- und Hüttenindustrie die gewaltige Bedeutung Eisenschlag-Lothringen für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie. 80 pzt. unserer gesamten Eisenerzeugung werden in Lothringen gewonnen. Würde Eisenschlag-Lothringen, wie es ja die französischen Anexionisten wollen, von Deutschland losgerissen, so wäre unserer Eisen- und Stahlindustrie ein tödlicher Stoß verfehlt. Würde uns nach dem Willen der Gelehrten das oberflächliche Industriegebiet entziehen, so verliere Deutschland seine größte Kohlenenergie. Der Verlust dieser beiden Bundesstaaten bedeutete die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz Hunderttausender Arbeiter in der Montanindustrie und den ihr nächstverwandten weiterverarbeitenden Gewerken. Nur ein Ignorant, so sagt Hué, könne bestreiten, daß kurzzeit mit den Waffen in der

Allen Kollegen im Feld und in der Heimat, allen Freunden und Bekannten senden zum Jahreswechsel die besten Grüße und Wünsche!

Die Redaktion.
Der Verbandsvorstand.

Sand auch über unermeßlich große wirtschaftliche Interessen der Arbeiterchaft Deutschlands entschieden werde und daß unsere Arbeiterchaft ein vitales Interesse an der vollständigen Erhaltung Deutschlands habe.

Für die Arbeiter der heimischen Industrie hat der Redakteur des „Proletarier“, Heinrich Schneider, einen Beitrag geliefert. Wie vor ihm schon Winnig und Hué, so hält auch er es für bringen nötig, daß Deutschland im friedlichen Wettbewerb seine weltwirtschaftliche Position weiter verstärken könne. Das Gebieten der Industrie sei nur mal im Rahmen unserer heutigen Wirtschaftssituation eine der ersten Voraussetzungen für den sozialen und allgemeinen kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse. Könnte im jetzigen Krieg die Industrie irgendeines Landes plötzlich vernichtet oder erheblich eingeschränkt werden, so wäre damit zwar den Kapitalisten dieses Landes die Möglichkeit der Arbeiterausbeutung und damit der Profit, genommen; aber gleichzeitig wäre die Arbeiterchaft in unangenehmem Glanz gefügt. Die Gewerkschaften erfüllen deshalb nur einen Teil ihrer Aufgaben, wenn sie mit dafür eintreten, daß der Industrie die Lebens- und Entwicklungsbedingungen gesichert werden.

Zu dem gleichen Ergebnis kommt der Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“, W. Rapp, der das Interesse der deutschen Holzarbeiter am Kriegsausgang nachweist und der den Grundgedanken des ganzen Buches in folgenden Sätzen zusammenfaßt: „Arbeiter und Unternehmer stehen sich im Wirtschaftsleben als Gegner gegenüber; der Streit um die gerechte Verteilung des Arbeitsertrages ist der Hauptinhalt der Gewerkschaftsarbeit. Dieser Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter schiebt aber nicht aus, daß beide an der Wähe der Industrie interessiert sind. Wenn die Arbeiter dafür eintreten, daß ihrem Industriezweig reiche Aufträge zufließen, daß die Absatzgebiete für die Waren, die sie erzeugen, erweitert werden, dann fördern sie damit ihre eigene Wohlfaet.“

Diese wenigen Hinweise mögen zur Kennzeichnung des Inhalts und der Tendenz des Buches genügen. Von den übrigen Mitarbeitern behandelt Emil Roth das graphische Gewerbe, Emil Girbig die Keramikindustrie, Peter Blum die Leder- und Lederbearbeitungsindustrie, Joh. Scherm die Metallindustrie, F. Weidler die Nahrungsmittelindustrie, Heinrich Stüßmer die Schneiderei, Konfektion und Wäschindustrie, Alois Staubinger die Steinindustrie, S. Krähig die Textilindustrie und Paul Müller das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe. Schließlich macht Wilhelm Janzon noch „Gewerkschaftliche Randbemerkungen zum kommenden Frieden“. Alle diese Verfassungen sind entweder Verbandsvorsitzende oder Redakteure von Gewerkschaftsblättern. Es handelt sich also um Leute, die sich über die Wirkungen, die ein günstiger oder ungünstiger Kriegsausgang für die betreffenden Arbeitergruppen haben muß, wohl ein Urteil erlauben können.

Das Buch kostet im Laden brosjiert M. 2, gebunden M. 3; die Vereinsausgabe durch die Organisation bezogen M. 1,20. Es sollte den allen Arbeitern, besonders aber von jenen, gelesen werden, die da in seltsamer Verblendung glauben, daß die Arbeiterchaft am Kriegsausgang kein Interesse habe.

Die „Deutsche Arbeiterberzeittung“ macht Schluf.

Die „Deutsche Arbeiterberzeittung“ schließt ihre Auseinandersetzung mit uns. Und das ist sehr klug von ihr; denn unsere Forderungen sind nun einmal mit dem besten Willen nicht zu erfüllbar. Wir können es auch ganz gut verstehen, daß die „Arbeiterberzeittung“ in ihrer Schlußnotiz schreibt, eine sachliche Widerlegung ihrer Ausführungen wäre dem „Grundstein“ in keinem Punkte gelungen. Als Unternehmerratsrat kann sie nicht anders, und da ihre Referent „Grundstein“ nicht zu Bestät bekommen, kann sie sich eine solche Behauptung auch ohne Schaden für ihre Ansehen erlauben.

Sonderbar ist es aber, daß sie es trotzdem für nötig hält, zum Beweis für die Richtigkeit ihrer Ausführungen noch eine neue Nationsaufzählung zu bringen, die sich auf den Wirtschaftswissenschaftler Dr. Franzosi stützt und bei der noch eine geringere Summe herauskommt als bei der von ihr selbst aufgestellten Nation. Die Wirtschaftswissenschaftler Nation soll in Berlin im November M. 23.61 gefügt haben. Der halbe Sommermoderatsrat des Berliner Maurers ist aber nur M. 22.47. Der Berliner Maurer könnte also selbst bei voller Sommerarbeitszeit die nun schon drei- oder vierfach reduzierte Nation immer noch nicht kaufen. Noch viel weniger kann er das bei der jetzigen kurzen Arbeitszeit und bei den Arbeitsunterbrechungen infolge schlechter Bitterung von seinem jetzigen Lohn. Und erst recht können die Maurer in anderen Orten, wo der Lohn bekanntlich zum Teil immer noch um ein Drittel oder die Hälfte niedriger ist als in Berlin, während die Lebensmittelpreise leider für das ganze Reich immer einheitlicher werden, von ihrem Lohn die allerniedrigste Nation der „Arbeiterberzeittung“ nicht beschaffen. Von den Bauhilfsarbeitern ganz zu schweigen. Dennach beweist diese neueste Nation ebenfalls, was schon alle früheren bewiesen haben, nämlich, daß die Löhne der Bauarbeiter, selbst wenn diese nur die allerbestehenden Ansprüche aus Leben stellen, zu ihrer Ergränzung nicht im entferntesten ausreichen.

Damit können auch wir unsere Diskussion mit der „Arbeiterberzeittung“ schließen; denn daß wir das Unternehmerratsrat — und wäre es unter Weibringung noch erwiderten Tatsachenmaterials, als wir es schon bei gebracht haben — niemals dazu bewegen könnten, für eine Ergränzung der Arbeitslöhne einzutreten, ist wohl völlig ausgeschlossen. Wir haben unsere Artikel auch nicht für sie, sondern für die breite Öffentlichkeit geschrieben, von der wir doch wohl im allgemeinen etwas mehr Unparteilichkeit und mehr soziales Verständnis erwarten dürfen als von dem Unternehmerratsrat.

Die Arbeitslosigkeit im Oktober.

Im Oktober meldeten sich in 848 Zweigvereinen unter 88 571 Mitgliedern 2047 = 2,4 pzt. arbeitslos, im September unter 90 519 Mitgliedern 2220, das sind ebenfalls 2,4 pzt. Im letzten Monatsende des Monats hielten 733 Mitglieder = 0,8 pzt. arbeitslos gegen 594 = 0,7 pzt. im September. Im Reichsdurchschnitt war das Verhältnis zum Hundert der erfassten Mitglieder bei den insgesamt gemeldeten in den beiden letzten Monaten somit gleich; dagegen ist es bei der am Monatsfchluß festgestellten Arbeitslosigkeit im Oktober um 0,1 pzt. gestiegen. Etwas größere Unterschiede ergeben sich beim Vergleich der beiden Monatsergebnisse nach Bundesstaaten. In Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen stand das Verhältnis im Oktober und im September gleich. In Hessen, Rheinland, Schleswig-Holstein, Hamburg, im Königreich Sachsen und in Eisach-Lothringen war die insgesamt gemeldete Arbeitslosigkeit im Oktober um 0,2 bis 2,9 pzt. geringer als im September. In den übrigen Bundesstaaten nahm sie dagegen um 0,1 bis 2,3 pzt. zu. Die am Monatsfchluß verbliebene Arbeitslosigkeit in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen blieb ebenfalls in den beiden letzten Monaten gleich, während sie in der Provinz Sachsen, in Hessen, Rheinland, Westfalen und Eisach-Lothringen um 0,1 bis 0,7 pzt. sank und in den übrigen Bundesstaaten um 0,1 bis 0,9 pzt. stieg. Die stärkste Zunahme hatten bei der insgesamt gemeldeten Arbeitslosigkeit Kommen mit 2,3 pzt., bei der am Monatsfchluß verbliebene Arbeitslosigkeit Brandenburg mit 0,9 pzt. Die stärkste Abnahme zeigte Eisach-Lothringen in beiden Fällen mit 2,9 und 0,7 pzt. In Berlin meldeten sich in der letzten Woche des Monats von 5324 Mitgliedern 136 = 2,6 pzt. arbeitslos, gegenüber 120 Arbeitslosen = 2,1 pzt. von 5908 Mitgliedern im September. Berlin mitgerechnet, stellt sich der Reichsdurchschnitt auf 869 Arbeitslose = 0,9 pzt. von 91 095 Mitgliedern. Diesmal erhobst Berlin dies Verhältnis wieder, und zwar um 0,1 pzt. Nicht Eisach-Lothringen mit 4,9 pzt. hatte Berlin mit 2,6 pzt. am Monatsfchluß verhältnismäßig die größte Arbeitslosigkeit. Ihm folgt Kommen mit 2,1 pzt.; in der Provinz Brandenburg betrug dies Verhältnis 1,5 pzt.

Die 2047 arbeitslos gemeldeten Mitglieder hatten zusammen 21 538 Arbeitsstunden durchgemacht. Durchschnittlich trafen auf ein arbeitsloses Mitglied 10,5 Tage, im September 10,1 Tage. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit liegt somit um 0,4 Tage. In Kommen, Schlesien, Brandenburg, Hessen, Rheinland und Mecklenburg traf auf einen Arbeitslosen eine um 0,3 bis 4,6 Tage durchschnittlich längere, in den übrigen Bundesstaaten eine um 0,1 bis 1,6 Tage längere Arbeitslosigkeit als im Vormonat. Nach Gruppen von Arbeitslosenlagen gefordert.

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Oktober 1915.

Table with columns for Landesteile, Mitglieder am Schluß des Monats, and Im Laufe des Monats arbeitslos gemeldet. Rows include Ostpreußen, Westpreußen und Posen, Pommern, etc.

Table with columns for Landesteile, Arbeit erledigt, and Arbeitslos im laufenden Monat waren. Rows include Ostpreußen, Westpreußen und Posen, Pommern, etc.

feierten im Berichtsmontat 955 der Arbeitslosen = 46,7 pSt. bis zu 6 Tagen, 390 = 19,4 pSt. länger als 6 Tage bis zu 12 Tagen, 263 = 12,8 pSt. länger als 12 Tage bis zu 18 Tagen, 179 = 8,7 pSt. länger als 18 Tage bis zu 24 Tagen und 254 = 12,4 pSt. länger als 24 Tage. Die 633 Arbeitslosen = 30,9 pSt. hatte die Arbeitslosigkeit schon vor dem 1. Oktober begonnen. 1023 der Arbeitslosen = 50,0 pSt. (im September 49,2 pSt.) erhielten wieder Arbeitsgelegenheit, davon 838 = 41,0 (42,3) pSt. im Baugewerbe und 185 = 9,0 (6,9) pSt. in anderen Berufen; 143 = 7,0 (11,6) pSt. reifen ab, 148 = 7,2 (12,5) pSt. (29,7) pSt. der gemeldeten Arbeitslosen. Der Anteil der weidere in Arbeit getretenen Arbeitslosen zeigt freilich eine keine Zunahme, doch entfiele diese überwiegend auf Arbeitsgelegenheiten, die andere Berufsleute. Der arbeitslose Teil der Arbeitslosen war im Oktober erheblich größer als im Vormonat, was eine wieder beginnende Zunahme der Arbeitslosigkeit erwarten läßt.

größte Arbeitslosigkeit. Die Fliesenleger hatten unter 590 erfassten Mitgliedern 61 = 10,3 (12,3) pSt., die Stuckateure unter 2024 Mitgliedern 170 = 8,4 (8,8) pSt. Arbeitslose. Die Maurer hatten unter 5470 erfassten Mitgliedern 1388 = 25,4 (24) pSt. Arbeitslose, ferner die Isolierer unter 307 Mitgliedern 6 = 2,0 (1,3) pSt. Arbeitslose, die Hilfsarbeiter unter 25381 Mitgliedern 385 = 1,5 (1,7) pSt. Arbeitslose, die Betonarbeiter unter 1146 Mitgliedern 11 = 1,0 (0,8) pSt. Arbeitslose, die Erdbauarbeiter unter 2953 Beteiligten 26 = 0,9 (1,2) pSt. Arbeitslose. Bei den Maurern ist das Verhältnis der Arbeitslosen in den beiden letzten Monaten gleich geblieben; die Betonarbeiter und Isolierer verzeichnen gegenüber dem Vormonat eine Zunahme, die Berufsleute der Hilfsarbeiter, Erdbauarbeiter, Stuckateure und Fliesenleger dagegen eine Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Gipser und Stuckateure.

Die Arbeitsverhältnisse bei den Duroplattenern. Unter der Spitzmarke „Gei“ ist dieses Vorbild erstanden in der Nummer 40 des „Grundstein“ eine Notiz, die sich gegen die Duroplattener in Berlin und gegen einige bei ihnen beschäftigte Montagegipser richtete. Wegen die letzteren deshalb, weil sie nach dem Bericht ungebührlich Sonnenschein leisteten. Diese Notiz trug eine die Verpflichtung der Duroplattener ein, die im in der Nummer 42 des „Grundstein“ veröffentlichten. Die Firma bestritt die behaupteten Tatsachen, während wir zu jener Zeit keinerlei Unterlagen hatten, außer dem Bericht, um unsere Behauptungen zu beweisen. Inzwischen sind uns aber aus kollegialen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden, aus denen wir den Beweis schaffen, daß unsere Angaben in Nummer 40 im allgemeinen richtig waren. Wenn die Firma sagte, daß sie die aus Zürich hinzugezogenen Monteur zu den gleichen Bedingungen beschäftigt habe wie die übrigen, so trifft dies nicht ganz zu. Es gibt unter den Monteuren der Firma einige, die im Stundenlohn und dementsprechend in der Auftragszahlung bevorzugt sind als die andern. Um den nicht bei der Firma beschäftigten Kollegen einen Einblick in den Montagebetrieb der Duroplattener zu geben, schicken wir hier die Abwidlung der geschäftlichen Angelegenheiten zwischen Arbeiter und Unternehmer.

spruch auf freie Fahrt und Gepädktransport; für die Reisezeit bekommt er nichts. Monteur, die von einer Arbeitsstelle zur andern fahren, erhalten neben freier Fahrt dritter Klasse für die Reisezeit eine Vergütung, über deren Höhe merkwürdigerweise die Firma in ihren Bestimmungen für Automonteur nichts gesagt hat. Für das Suden eines Bogens vergütet die Firma nur drei Stunden, ohne Rücksicht darauf, ob es wirklich möglich ist, in dieser Zeit ein Bogens zu finden und die übrigen Vorbereitungen zum Beginn der Arbeit zu treffen. Für den Gepädktransport wird in keinem Fall mehr als M 2 vergütet. Bei weiten Entfernungen wird also der Monteur drauflegen müssen; aber dafür genügt er ja auch die Fahrt, Monteur zu sein. Wenn nun ein Kollege das Glück hat, in einem Monat zwei oder dreimal die Montagestelle zu wechseln — vor uns liegen Verträge, aus denen zu ersehen ist, daß ein Kollege in 24 Tagen dreimal die Montagestelle wechseln mußte — so muß er naturgemäß bei der Wohnungssuche und beim Gepädktransport Glück haben.

In den Bestimmungen der Firma heißt es: „Unser Monteur haben Anspruch auf zehntägige Arbeitszeit. Es sind aus irgendeinem Grunde Ueberstunden erforderlich, so vergütet wir für jeden Tag auf geleistete Akkordarbeit höchstens zwölf Stunden. Sonntagsarbeit wird nicht vergütet, außer kurzfristige Lieferungsverträge mit ihren Aufträgen veranlaßt, am Sonntag zu arbeiten, so kann ihm dort nur im Akkordüberlohn zugute kommen.“ Die Firma hat also in ihrer Verabreichung anscheinend die Wahrheit gesagt. In Wirklichkeit steht jedoch die Sache so, daß die Firma außer kurzfristige Lieferungsverträge mit ihren Aufträgen geben schließt, daß diese Aufträge das Recht haben, die Monteur zur beschleunigten Fertigstellung anzureden und davon so reichlich Gebrauch machen, daß fast alle Monteur Ueberstunden und Sonntagsarbeit verrichten müssen. Akkordlohn kommt die in dieser Zeit geleistete Arbeit beim Akkordüberlohn zum Vorschein — wenn eben ein Ueberlohn bleibt. Aber die Firma soll doch einmal endlich die Frage beantworten, bei wieviel Arbeitern in den letzten zwei Jahren kein Ueberlohn blieb. Ob es nicht vorzuziehen, daß Beschäftigte von annähernd M 2000 entständen, ohne jedes Ueberlohn, damit kann natürlich ein großes Defizit anstatt Akkordüberlohn. Das wäre zu ertragen, wenn der von der Firma gezahlte Lohn so gering wäre, daß sich davon leben ließe. Aber als Beschäftigte werden den Tag für zehn Stunden M 8 respektive M 9 bezahlt, ohne jedes Ueberlohn. Damit kann natürlich ein Mann in der Fremde nicht auskommen, wenn er zugleich seine Familie daheim am Leben erhalten will. Das weiß die Firma, und deshalb vertritt sie die Kollegen auf den Akkordüberlohn und darauf, daß sie zwölf Stunden Ueberlohn verdienen. Lassen wir einmal einen Kollegen sprechen:

„Herr Dr. Stern (Geschäftsführer der Firma) sagte zu mir, als ich auf den niedrigen Verdienst hinwies: „Sehen Sie doch unsere andern Monteur an, die arbeiten des Abends länger und arbeiten Sonntags. Die haben immer große Ueberlöhne und verdienen sehr gut; das können Sie doch auch.“ Und als ich bei der Einstellung auf den niedrigen Lohn von 80 % die Stunde hinwies, sagte mir Herr Ueberlohn D i e b e l: „Stunde Leute! Ich verdiene in alle zwölf Stunden den Tag und verdienen nicht unter M 10 die Woche.“ Wenn die Firma in ihrer Verabreichung erklärt, daß sie davon nichts weiß, dann sagt sie in der

Table with columns for Monat, Arbeitslos waren, and Arbeitslosentlage. Rows include Oktober, Novbr., Dezbr., Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, Septbr., Oktober.

Die Arbeitslosigkeit war, wie vorstehende Ueberlicht zeigt, im Berichtsmontat noch recht viel geringer als vor einem Jahre. Aber eine Umkehr wird, wenn auch erst leise, bemerkbar. Der höchste Stand der Arbeitslosigkeit ist für dieses Jahr überhritten. Das Heranwachen der bauverweigernden Tätigkeit schwindenden Jahreszeit läßt sich dadurch an. Auf 100 Ueberlöhnlöhne Arbeitslosen entfielen diesmal 1,0 Arbeitslosenentlage. Von den 26 Verträgen des Monats sind das 0,2 Tage.

Unter den einzelnen Berufen hatten wieder die Fliesenleger und die Stuckateure verhältnismäßig die



Berichtigung die Unwahrheit. Vom jüngsten Bureauange-

stellen bis zum Direktor Stern wissen alle, daß zehn Stun-

den von der Berichtigung der Firma in der Nummer 42

daß die andern zur Nachmachung gezwungen wären.

Aber weit gefehlt: Der Baumeisterverband merkt die

Das ist nichts weiter zu sagen" - schreibt der

Vom Bau.

Unfälle. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 15.

Eingegangene Schriften.

Sorgen im Kriege. Zweiter Teil. Buchhandlung

Bekanntmachung des Vorstandes.

Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenkontrolle.

darf keine Unterbrechung erfahren! Wer arbeits-

Regelung der Erwerbslosenunterstützung in den

Wird ein unterstützungsberechtigtes Mitglied in einem

Zur Ueberweisung erhalten die Zweigvereine des Deutschen

Vom 20. bis 26. Dezember sind durch die Zweigvereine

Zentralfrantentasse.

Den Verwaltungsaemtern sowie allen Mitgliedern

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbands-

Ewald Kramer, Maurer, geboren 21. Januar 1897

Veranstaltungen.

Schwerin i. M. (Zentralfrantentasse) Sonntag,

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paepflow), verantwortlicher Redakteur: H. Göttinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.